

NRW-SPD kehrt zurück zum bildungspolitischen Irrsinn der 70er Jahre. Der SPD-Landesparteitag hat heute beschlossen, das gegliederte Schulsystem abzuschaffen und die Einheitsschule einzuführen

SPD will den Systemsturz

Die nordrhein-westfälische SPD hat heute in Bochum auf ihrem außerordentlichen Landesparteitag einen Leitantrag zur Schulpolitik beschlossen. Im Mittelpunkt des Beschlusses steht die Forderung nach der Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems und die Einführung der Einheitsschule.

Ewiggestrige Schulkampfadeologen

Der Generalsekretär der CDU Nordrhein-Westfalen Hendrik Wüst erklärte heute zu den Ergebnissen des SPD-Landesparteitags: „Nachdem die NRW-SPD in 39 Jahren dafür gesorgt hat, dass nirgendwo sonst die Bildungschancen so sehr von der sozialen Herkunft abhängig waren, kommt jetzt der geplante Systemsturz, für den die Schülerinnen und Schüler die Zechen zahlen sollen.“ Heute hätten die unbelehrbaren und ewiggestrigen Schulkampfadeologen bei der SPD wieder die Oberhand gewonnen: „Der SPD geht es um Systeme statt um Schülerinnen und Schüler. Wir hingegen verbessern die Rahmenbedingungen in den Schulen konkret: Mehr individuelle Förderung, mehr Lehrer, mehr Ganztagschulen und mehr Qualität durch zentrale Abschlussprüfungen.“



Plakataktion gegen SPD-Einheitsschule: Auch auf dem SPD-Landesparteitag in Bochum wurden die Delegierten von dem abgebildeten Plakatmotiv begrüßt

Schulsterben und Chaos drohen

Die von Frau Kraft geplante Zerstörung des Schulsystems würde zu zehn Jahren Chaos an den Schulen führen. Sie wolle Hauptschulen, Realschulen und Gymnasien einfach dichtmachen: „Massenhafte Schließungen gerade von kleineren

Schulen wären die Folge. Es gäbe nur noch Schulfabriken mit weit über 1.000 Schülern. Die Kommunen müssten Investitionen in Milliardenhöhe tätigen. Längere Schulwege und eine irrsinnige Bürokratie für neue Richtlinien und Lehrpläne wären nötig.“ Statt eine Revolution zu planen, solle die SPD lieber mithelfen, den von ihr in

Nordrhein-Westfalen angerichteten Scherbenhaufen in den Schulen wieder zu beseitigen, so Wüst: „Bleibt nur eine Frage: Warum hat die SPD diese Revolution eigentlich nicht in ihrer langen Regierungszeit in Nordrhein-Westfalen durchgeführt? Die SPD weiß wohl ganz genau, dass der Systemwandel ins Chaos führen würde.“



Steht für die individuelle Förderung der Kinder: NRW-Schulministerin Barbara Sommer

SPD lässt Koop-Schule wiederaufleben

Der Landesvorsitzende der CDU Nordrhein-Westfalen Ministerpräsident Jürgen Rüttgers hatte bereits diese Woche im Rahmen der Haushaltsdebatte im Landtag die Pläne der SPD zur Einführung der Einheitsschule heftig kritisiert: „Es ist kein neues Modell. In Wahrheit ist es die alte Koop-Schule von 1976. Bereits damals wollten die Sozialdemokraten dieses Schulmodell den Menschen in unserem Land aufzwingen. Sie scheiterten aber an den Bürgerinnen und Bürgern, die dieses Schulmodell vehement und per Volksbegehren 1978 ablehnten und sich dem drohenden Bildungsverfall damit verweigerten.“ In ihrer eigenen Regierungszeit habe sich die SPD dann nicht mehr getraut, die Einheitsschule flächendeckend einzuführen, so Rüttgers.

Keine Experimente

Rüttgers hatte deutlich gemacht, dass die Landesregierung auch in Zukunft am gegliederten Schulsystem festhalten werde: „Es gibt keine wissenschaftliche Belege dafür, dass die Einheitsschule besser wäre als das gegliederte Schulwesen. Ich werde es nicht zulassen, dass Experimente auf den

Rücken unserer Kinder und Schüler ausgetragen werden.“ Und weiter: „Warum sagt die SPD den Menschen nicht, welche Folgen ihr Konzept hat? Die Folgen wären jahrelanges Chaos und Bildungsverfall an unseren Schulen!“ Das SPD-Konzept würde nicht nur die Zerschlagung der Realschulen und Gymnasien bedeuten, sondern auch enorme Kosten und viel Bürokratie verursachen sowie die Schließung von Hunderten von Schulorten nach sich ziehen, vor allem zu Lasten des ländlichen Raumes.

SPD-Schulmodell verfassungsrechtlich bedenklich

NRW-Schulministerin Barbara Sommer hatte in der Landtagsdebatte erklärt, dass die Schul- und Bildungspläne der SPD verfassungsrechtlich bedenklich seien: „Die SPD will mit der Abschaffung des mehrgliedrigen Schulsystems eine ganze Schülergeneration für ihr unausgeglichenes Experiment opfern.“ Das Modell der Gemeinschaftsschulen verschaffe den Kindern nachweislich keine besseren Bildungschancen. Unbeantwortet sei die Frage, ob die SPD auch Schulen in freier Trägerschaft – etwa der Kirchen, Montessori- oder Waldorfschulen – abschaffen wolle, sagte Sommer.

Falls nicht, werde eine Flucht nie gekanntem Ausmaßes aus dem öffentlichen Schulwesen hin zu den Privatschulen einsetzen, prognostizierte die Ministerin. Mit der Alternative eines staatlichen „Einheitsbreis“ vor Augen werde es zu einer Welle von Neugründungen privater Schulen kommen: „Erst passte die Hauptschule nicht in die SPD-Welt, jetzt soll das Gymnasium abgeschafft werden. Mit einer Übergangsquote von 40 Prozent der Grundschüler ist das Gymnasium die beliebteste Schulform. Mit welchem Recht setzt die SPD ihre Ideologie über den Elternwillen?“, so Sommer.

SPD-Schulpraktiker kritisieren eigene Partei

Der stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion Bernhard Recker hatte im Rahmen der Debatte auf zahlreiche SPD-Schulpraktiker verwiesen, die vor kurzem an den SPD-Landesvorstand geschrieben und die rote Bildungspolitik heftig kritisiert hatten. In dem Schreiben heißt es unter anderem: „[...] Wir halten die Vorschläge in dem vorliegenden Antrag für eine Schulstrukturreform weder für hinreichend begründet noch für vermittelbar und durchsetzbar. Sie unterhöhlen ein in

langen Jahren gewachsenes Vertrauen in eine verlässliche und auf einem breiten Konsens ausgegerichtete Bildungspolitik der SPD und führen zurück in alte Gräben. Sie verhindern jede Verbesserung der Bildungsleistung für Kinder sozial Schwächerer, weil sie real machbare Alternativen ausklammern und auf Illusionäres verweisen. [...] Der vorliegende Antrag beruft sich bei seinen Festlegungen mit der Zielsetzung der flächendeckenden Gemeinschaftsschule immer wieder zu Unrecht auf wissenschaftliche Erkenntnisse aus PISA und anderen internationalen Studien. Für die Einführung der Gemeinschaftsschule gibt es aber keine wissenschaftliche Begründung.“

In der Landtagsdebatte warnte Bernhard Recker die SPD: „Ich sage der SPD heiße Wochen voraus, wenn sie das beschließt. Denn dann muss sie sofort Farbe bekennen und allen Schülerinnen und Schülern, allen Lehrpersonen und allen Kommunen klar und deutlich sagen: In Zukunft wird an jedem Ort in unserem Land das bestehende Schulsystem zerschlagen. Es wird kein Gymnasium, keine Realschule, keine Gesamtschule und keine Hauptschule mehr geben.“

Die SPD-Einheitsschule steht für...

- ▶ ... die Zerschlagung des gegliederten Schulsystems
- ▶ ... die Abschaffung der Hauptschulen, Realschulen und der Gymnasien
- ▶ ... 10 Jahre Chaos an den nordrhein-westfälischen Schulen
- ▶ ... massenhafte Schließungen gerade kleinerer Schulen
- ▶ ... die Errichtung von Schulfabriken mit weit über 1.000 Schülern
- ▶ ... längere Schulwege, vor allem im ländlichen Raum
- ▶ ... Mehrbelastungen der Kommunen in Milliardenhöhe, weil die bestehenden Schulgebäude nicht für die Schulfabriken geeignet sind
- ▶ ... eine irrsinnige Bürokratie durch den riesigen Bedarf an neuen Richtlinien und Lehrplänen